

**Zeitschrift:** Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES  
**Herausgeber:** Schweizerische Energie-Stiftung  
**Band:** - (2014)  
**Heft:** 1: Fukushima ohne Ende

**Artikel:** Will Deutschland die Energiewende ausbremsen?  
**Autor:** Mathis, Thomas  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-586073>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Will Deutschland die Energiewende ausbremsen?

**Kaum im Amt, präsentierte der neue deutsche SPD-Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, die neuen Eckpunkte zur Reform der Energiewende. Nur wenn die Förderbeiträge für erneuerbaren Strom gekürzt und die Betreiber von neuen Solaranlagen für den Eigenverbrauch zusätzlich zahlen, bleibe die Energiewende bezahlbar. Der neue oberste Bundesminister leistet der Energiewende damit einen Bärenienst.**



Von **THOMAS MATHIS**

Schweizer Netzwerk gegen Kohlekraftwerke,  
thommybe@gmail.com

Der Ausgang der Bundestagswahlen im September 2013 war keine Überraschung. Die Partei von Angela Merkel, die CDU, gewann mit grossem Vorsprung, ihr Regierungspartner, die FDP, verpasste mit weniger als 5% den Einzug in den Bundestag. Wie nach jeder Wahl hatte die neue Koalition von CDU und SPD somit die Aufgabe, nebst vielen anderen Themen auch die Energiepolitik neu zu justieren. Es gab berechtigte Hoffnungen, dass Deutschland nun wieder auf mehr erneuerbare Energien statt Kohleverstromung setzen wird. Denn die SPD versprach eine ökologische und auf erneuerbare Energien fokussierte Energiepolitik und ging mit diesem Wahlversprechen gezielt auf Stimmenfang.

Wir wissen: Wahlversprechen sind von gestern und kümmern wenig, wenn die Wahlen vorbei sind. Das zeigte sich wieder einmal, als der neue Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, Mitte Januar sein Eckpunkte-Papier zur Reform der Energiewende vorstellte: Massiv weniger Geld für neue Photo-

voltaik-, Biomasse- und Wind-Anlagen und eventuell sogar Subventionen für den so genannten «Kapazitätsmarkt», was in Deutschland vor allem die Betreiber der schlimmsten CO<sub>2</sub>-Schleudern, der Braun- und Steinkohlekraftwerke, freuen wird. – Will der neue mächtige Mann der SPD, aktueller Vizekanzler und ehemaliger Bundesumweltminister, die Energiewende noch mehr bremsen als sein FDP-Vorgänger Philipp Rösler?

## Hohe Umlage: nicht (nur) wegen Erneuerbarer

Stein des Anstosses und Grund für die geplante Bremspolitik ist die so genannte EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz), die alle StrombezügerInnen pro Kilowattstunde bezahlen: Per 2014 wurde diese um knapp 1 Cent pro kWh erhöht und beläuft sich nun auf 6,24 Cents/kWh. Die EEG-Umlage errechnet sich jedes Jahr neu aus der Differenz zwischen dem am Markt für den Strom erzielten Preis und dem garantierten Vergütungssatz aller Solar-, Wind-, Wasserkraft- und Biomasseanlagen. Pro Haushalt macht dies knapp 220 Euro pro Jahr aus.

Der neue grossen Koalition ist das zu viel. Sie bedient sich dabei sogar der Argumentation der Kohlestrom-Produzenten: Die Förderung des erneuerbaren Stroms sei derart marktverzerrend, dass der fossile Kraftwerkspark in Deutschland nur noch Verluste schreibe. Dass deutsche Kohlekraftwerke ebenfalls Milliarden-Subventionen erhalten haben, geht in der Diskussion oft vergessen. Gerne unterschlagen wird auch, dass ein Grossteil der energieintensiven Industrie von der EEG-Umlage befreit ist.

Fakt ist, dass ohne diese Ausnahmeregelungen die privaten StromkundInnen deutlich weniger EEG-Umlage zahlen müssten. Der Bundesverband erneuerbare Energien (BEE) hat errechnet, dass für 2014 die eigentlichen Förderkosten für Erneuerbare nur 2,54 Cent je kWh betragen. Die Differenz zu den 6,24 Cent sei zur Hauptsache eine Folge der sinkenden Preise an der Strombörse sowie der zahlreichen Ausnahmen für die Industrie.



Foto: fotolia.com

Kohleabbau in Deutschland: Will Deutschland die Energiewende ausbremsen?



Einwände, diese Ausnahmen von der EEG-Umlage zu hinterfragen und von der Industrie einen Beitrag an die Energiewende zu fordern, werden von Sigmar Gabriel und der neuen CDU/SPD-Koalition gar nicht erst thematisiert, auch wenn nach Ansicht der EU-Kommission diese Rabatte für die Industrie gegen das Grundprinzip des fairen Wettbewerbs verstossen.

Die Denkklogik des neuen Wirtschaftsministers funktioniert anders: Schuld am teuren Strom sind zum Beispiel die Förderbeiträge für Solarpanels, welche man in Deutschland überall auf den Dächern sieht. Generell wollen Gabriel und seine neue grosse Koalition erreichen, dass die Förderbeiträge für Solar- und Windanlagen massiv reduziert und degressiv ausgestaltet werden. Die Betreiber von Solaranlagen oder Bürgerkraftwerken, welche bisher gemeinsam einen wichtigen Beitrag für die Energiewende geleistet haben, sind also in dieser Denkweise die neuen Abzocker der Nation.

### Kapazitätsmarkt als versteckte Hilfe für Kohlekraft?

Es drängt sich also die Frage auf, ob CDU und SPD mit dem angedrohten Abwürgen von Neuinvestitionen in Erneuerbare ihre eigenen Ziele tatsächlich noch erreichen wollen. Man hat leider guten Grund, skeptisch zu sein, dass sich so der Ökostrom-Anteil bis 2025 von derzeit knapp 35 auf 45 %, bis 2035 auf 55 bis 60 % erhöhen lässt. Noch unklar ist, ob Gabriel den Betreibern von Kohlekraftwerken mit Millionen unter die Arme greifen wird. Da neue, direkte Subventionen an die Kohleverstromung wohl doch etwas gar dreist wären, wird ein neues Förderinstrument – die Unterstützung für den Kapazitätsmarkt – aktuell. Es sollen An-

reize für Kraftwerksbetreiber geschaffen werden, Reserveleistung vorzubehalten. Kraftwerke sollen also nicht mehr nur für die abgegebene Leistung Geld erhalten, sondern auch für ihre Betriebsbereitschaft! Denn heutzutage lohnt es sich für Kohlekraftwerke nicht mehr, während 24 Stunden die maximale Menge Strom zu produzieren, da die Kosten für die Kohle und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss häufig höher sind als der an der Strombörse erzielte Preis.

### Der Energiewende ein Bein stellen

Weswegen aber will ausgerechnet die SPD die Erneuerbaren «verhungern» lassen und stattdessen Geld für Kohlekraftwerke? Von den Milliarden, die jährlich in Form von Förderbeiträgen ausgeschüttet werden, profitieren die WählerInnen der SPD kaum. Nur wenige SPD-WählerInnen beteiligen sich an Bürgerkraftwerken oder montieren sich ein Solarmodul auf ihr Dach. Die meisten sind einfache Arbeiter und Mieterinnen und haben gar keine Möglichkeit dazu.

Vom EEG profitieren vor allem diejenigen, die (viel) Geld übrig haben – also nicht die klassische SPD-Wählerschaft. Die nun geplante und gezielte Bremspolitik beim Zubau der Erneuerbaren missachten aber, dass längerfristig auch die SPD-WählerInnen von der Energiewende profitieren, da die Klimakosten und die Atomrisiken letztlich auf die gesamte Volkswirtschaft zurückfallen, auch auf die Stromkosten. Mit dem einseitigen Abbau der Fördergelder für Erneuerbare macht Sigmar Gabriel seinen Wählern eben nur auf den ersten Blick einen Gefallen – mehr Weitsichtigkeit wäre für einen ehemaligen Bundesumweltminister durchaus angebracht. <

### Solarproduzenten werden zur Kasse gebeten

Solarstrom vom eigenen Dach kostet in Deutschland heute je nach Einstrahlung zwischen 11 und 15 Cents, also deutlich weniger als der Strom, den die grossen Versorger ins Haus liefern (zirka 25 Cents). Gabriel will nun, dass die Eigenproduzenten ebenfalls 6,24 Cents pro kWh für den selber produzierten Strom an die EEG zahlen. Das kommt einem Hammerschlag gegen neue Solaranlagen gleich. Die Folge wäre, dass Eigenproduzenten ihre Anlage kaum mehr werden refinanzieren können, respektive diese kaum mehr zu einem Bankkredit kommen.

Statt die Verursacher des Klimaproblems stärker zur Kasse zu bitten, müssen also die Betreiber von Solaranlagen oder von Kraft-Wärme-Kopplung Teile der Energiewende selber bezahlen. Setzt sich Gabriel mit seiner neuen Förderpolitik bei Kanzlerin Merkel durch, was anzunehmen ist, so wird es beispielsweise auch kaum mehr möglich sein, an einem Standort mit durchschnittlichen Windverhältnissen eine neue Windanlage kostendeckend zu betreiben.

### Murks? – Nein danke!

■ Die «geplante Obsoleszenz» ist Teil einer Strategie. Beim Herstellungsprozess werden bewusst Schwachstellen eingebaut oder Rohstoffe von schlechter Qualität eingesetzt.

■ Eine «Sollbruchstelle» ist ein Konstruktionselement, das im Schadens- oder Überlastungsfall vorhersehbar versagt, um so den Schaden im Gesamtsystem klein zu halten.

Während Sollbruchstellen durchaus berechtigt und nötig sind, ist die geplante Obsoleszenz im Sinne einer Kreislaufwirtschaft ein Skandal. Diese Marketingstrategie ist schon recht alt:



■ Das Glühlampenkartell war ein Gebiets-, Normen- und Typenkartell, das 1924 in Genf gegründet wurde. Ziel waren Absprachen und die Aufteilung des Weltmarktes. Bekannt wurde das Kartell durch die Absprache zur Begrenzung der Lebensdauer von Glühlampen auf 1000 Stunden zu Gunsten höherer Verkaufszahlen.

Es gibt auch berühmte Produkte, die das Gegenteil zum Ziel hatten:

■ Henry Ford legte das Auto-Modell T auf einfachste Bedienung und Reparaturfreundlichkeit aus. Der Ford T hatte kein konventionelles Fahrzeuggetriebe, beim Motor wurde auf Kühlwasserpumpe, Ölfilter, Treibstoffpumpe und Ölmessstab verzichtet. Die Konstruktion war äusserst langlebig; fast alle Reparaturen waren einfach zu bewältigen.

■ Der Trabant («Trabi») wurde ab 1958 in der DDR gefertigt. Bis 1991 wurden über 3 Mio. Fahrzeuge produziert. Der «Trabi» galt als sparsam, erschwinglich und sehr robust.

### Zwei Rezepte kontra Wegwerfgesellschaft

**Repair-Cafés** sind ehrenamtliche Treffen, bei denen die Teilnehmer alleine oder gemeinsam ihre kaputten Dinge (Kleidung, Möbel, Elektrogeräte, Fahrräder, Spielzeug) reparieren. **Das Murkseum** ist eine nicht gewinnbringende, öffentliche Einrichtung, die materielle Belege des Menschen und seiner Umwelt erwirbt, erforscht und ausstellt. Das Murkseum dient dem Dialog und will auf geplante Obsoleszenz, sprich Produkte-Schwachstellen, gezielt aufmerksam machen.

Schritte hin zur Kreislaufwirtschaft werden immer wichtiger. Der geplanten Obsoleszenz ist heutzutage eine klare Absage zu erteilen.

Download der Studie «Geplante Obsoleszenz» unter [www.murks-nein-danke.de](http://www.murks-nein-danke.de) (home)